



Rat der
Europäischen Union

027844/EU XXVII. GP
Eingelangt am 23/07/20

Brüssel, den 22. Juli 2020
(OR. en)

9844/20
ADD 1

FISC 159
ECOFIN 637

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	16. Juli 2020
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2020) 312 final ANNEX
Betr.:	ANHANG der MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT AKTIONSPLAN FÜR EINE FAIRE UND EINFACHE BESTEuerung ZUR UNTERSTÜTZUNG DER AUFBAUSTRATEGIE

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2020) 312 final ANNEX.

Anl.: COM(2020) 312 final ANNEX



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 15.7.2020
COM(2020) 312 final

ANNEX

ANHANG

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND
DEN RAT**

AKTIONSPLAN FÜR

**EINE FAIRE UND EINFACHE BESTEuerung ZUR UNTERSTÜTZUNG DER
AUFBAUSTRATEGIE**

Überblick über die Steuerinitiativen, die Teil des Aktionsplans für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der für 2020-2023 geplanten wirtschaftlichen Erholung sind

#	Maßnahme	Instrumente	Zeitplan
Im Zeitraum 2020–2021 durchzuführende Maßnahmen			
A6	Empfehlungen für bewährte Verfahren zur Verbesserung der Steuerbeitreibung in der EU	Bericht der Europäischen Kommission an das Parlament und den Rat	2020, Q4
A19	Umwandlung des Mehrwertsteuerausschusses in einen Komitologieausschuss	Gesetzgebungsinitiative zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie	2020, Q4
A22a	Bewertung der Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros	Nichtlegislative Initiative: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Bewertung	2020, Q4
A11	Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Steuern	Nichtlegislative Initiative, Durchführung einer vorbereitenden Maßnahme des Europäischen Parlaments	2020, Q4
A3	„Cooperative Compliance“-Rahmen für einen vorbeugenden Dialog zwischen Steuerverwaltungen und Unternehmen im Hinblick auf die gemeinsame Lösung grenzübergreifender Steuerfragen	Nichtlegislative Initiative: Pilotprojekt.	2021, Q1–Q2
A21	Einrichtung einer Sachverständigengruppe für Verrechnungspreise	Sachverständigengruppe, um pragmatische, nichtlegislative Lösungen für die praktischen Probleme bei der Verrechnungspreisgestaltung innerhalb der EU zu erarbeiten	2021, Q1

#	Maßnahme	Instrumente	Zeitplan
A20	Konferenz zum Thema Datenanalyse und digitale Lösungen	Nichtlegislative Initiative: Kommunikationsveranstaltung	2021, Q2
A17	Charta der Rechte der Steuerpflichtigen – Mitteilung zur Bestandsaufnahme der bestehenden Rechte der Steuerpflichtigen nach dem EU-Recht mit einer Empfehlung an die Mitgliedstaaten, um die Umsetzung der Rechte der Steuerpflichtigen zu erleichtern und die steuerlichen Pflichten zu vereinfachen	Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament und den Rat & Empfehlung der Kommission an die Mitgliedstaaten	2021, Q3
A10	Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs auf Kryptowerte/E-Geld	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung führt	2021, Q3
A18	Aktualisierung und Vereinfachung der Mehrwertsteuervorschriften für Finanzdienstleistungen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Union und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen sicherzustellen	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie des Rates führt.	2021, Q4
A15	Einrichtung des Ständigen Ausschusses für die Streitbeilegung	Einrichtung eines ständigen Gremiums für die Streitbeilegung, eines sogenannten Ständigen Ausschusses, für den die Rechtsgrundlage bereits in der Richtlinie (EU) 2017/1852 vorgesehen ist.	2021, Q3

#	Maßnahme	Instrumente	Zeitplan
<u>Im Zeitraum 2022-2023 durchzuführende Maßnahmen</u>			
A8	Digitale Lösungen für die Erhebung von Steuern an der Quelle, um die Steuerentrichtung/-einzahlung zu erleichtern.	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Einführung eines Systems der Quellensteuererleichterung an der Quelle führt.	2022
A7	Kohärenz der Vorschriften über die Steueransässigkeit von Einzelpersonen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung bzw. doppelter Nichtbesteuerung	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Harmonisierung der Kriterien für die Steueransässigkeit führt	2022
A2	Bessere Qualität und Nutzung von Steuerdaten	Nichtlegislative Initiative: Pilotprojekt und daran anschließende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit den wichtigsten Ergebnissen und Empfehlungen	2022
A22b	Aktualisierung der Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros zur Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Reisebranche	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie führt	2022

#	Maßnahme	Instrumente	Zeitplan
A24	Überprüfung der Mehrwertsteuervorschriften für die Personenbeförderung zur Gewährleistung der Kohärenz mit der im Rahmen des Grünen Deals entwickelten Steuerpolitik	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie führt	2022
A16	Vermeidung und Beilegung von mehrwertsteuerlichen Streitigkeiten zur Schaffung von Mechanismen zur Vermeidung/Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Mehrwertsteuerrichtlinie	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Einführung eines Streitbeilegungsmechanismus im Bereich der Mehrwertsteuer führt	2022
A1 A4 A5 A23	Paket „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“: Aktualisierung der Mehrwertsteuervorschriften für die Sharing Economy, Schritte hin zu einer einzigen EU Mehrwertsteuerregistrierung, Modernisierung der Mehrwertsteuerermeldpflichten und Erleichterung der elektronischen Rechnungsstellung	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie und/oder einer Richtlinie des Rates zur Änderung der Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer führt	2022
A25	Paket zum elektronischen Geschäftsverkehr für verbrauchsteuerpflichtige Waren: Erleichterung des Fernverkaufs von verbrauchsteuerpflichtigen Waren bei gleichzeitiger Minimierung von Betrug und Wettbewerbsverzerrungen	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission zur Änderung der Richtlinie des Rates über das allgemeine Verbrauchsteuersystem führt	2022

#	Maßnahme	Instrumente	Zeitplan
A9	Eurofisc 2.0	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission zur Änderung der Verordnung des Rates (EU) Nr. 904/2010 führt	2023
A12 A13	Verstärkte Überprüfung grenzüberschreitender Umsätze durch die Umstellung von einem Austausch auf eine gemeinsame Nutzung von Steuerinformationen Beschleunigung und Erhöhung der Wirksamkeit von Überprüfungen grenzüberschreitender Umsätze durch die Nutzung neuer technologischer Instrumente, fortgeschrittene Analyse sowie die flexible gemeinsame Nutzung von Daten auf EU-Ebene	Folgenabschätzung, die möglicherweise zu einer Gesetzgebungsinitiative in Form eines Vorschlags der Kommission zur Änderung der Verordnung des Rates (EU) Nr. 904/2010 führt	2023
A14	Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Mehrwertsteuer zwischen der EU und einschlägigen Drittländern	Abschluss von Abkommen zwischen der EU und einschlägigen Drittländern über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Mehrwertsteuer	2023